



Frankfurt will erste „bunte“ Verwaltung im Bund



Wer künftig eine Laufbahn in der Verwaltung der Stadt Frankfurt anstrebt, sollte sich schon einmal kundig machen, was im Umgang mit Moslems schicklich zu sein hat: Freundliche Hinnahme von Kopftuch und anderen weiblichen Verhüllungen, Kenntnisse über die verschiedenen Varianten von Hidschab bis Burka, Vorsicht vorm Händeschütteln mit moslemischen Frauen, Berücksichtigung religiös begründeter Sitten, Essgewohnheiten und Verhaltensweisen. Denn in Zukunft soll die sogenannte „interkulturelle Kompetenz“ nicht nur ein Kriterium im Beurteilungsverfahren für Bewerber von Positionen in der Verwaltung sein, sondern auch geprüft werden.

(Von Wolfgang Hübner, Frankfurt)

„Bislang hat noch niemand interkulturelle Kompetenz in Anforderungsprofile und Bewertungsstufen übersetzt. Meines

Wissens nach ist Frankfurt die erste Stadt, die das nun wirklich angeht.“ Das ist laut einem Pressebericht vom 30. Dezember 2016 die Aussage von Armin von Ungern-Sternberg, Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. Unterstützt wird das seitens des schwarz-rot-grünen Magistrats von Integrationsdezernentin Sylvia Weber (SPD) und Personaldezernenten Stefan Majer (Grüne). In Frankfurt soll also die „richtige“ Gesinnung Vorrang vor fachlicher Kompetenz haben.

Die Grundlagen für diese Entwicklung wurden schon vor einigen Jahren mit einem von Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) mitentwickelten „Zehn-Punkte-Plan“ gelegt, wonach es Ziel sei, „eine Stadtverwaltung zu bekommen, die die Vielfalt und Internationalität der städtischen Gesellschaft repräsentiere“. Dezernentin Weber formuliert das so: „Man muss ein neues Bild der Verwaltung kommunizieren. Und wir sollten zunehmend eine bunte Verwaltung werden, um attraktiv zu sein.“ Frau Weber deutet mit ihrer Bemerkung an, dass es für die Stadt von Jahr zu Jahr immer schwieriger wird, Arbeitnehmer zu finden. Offenbar erhofft sich der Magistrat nun einen breiten Zustrom kopftuchtragender Sachbearbeiterinnen, Amtsleitern mit Gebetspausen und biodeutschen Parkgärtnern, die ihre kulturelle Kapitulationsüberprüfung erfolgreich absolviert haben.

Die Fraktion der Bürger Für Frankfurt (BFF) hat 2010 mit guten Gründen als einzige Fraktion im Römer das verhängnisvolle „Vielfalt“-Konzept abgelehnt. Es zeigt sich immer wieder, wie richtig und notwendig das war. Denn das Wahnsinnsprojekt einer „bunten“ statt kompetenten Verwaltung ist nur eine weitere logische Folge dieses Konzepts. Allerdings verstößt bereits die Absicht einer als „interkulturelle Kompetenz“ getarnten Gesinnungsprüfung gegen Artikel 3 (3) des Grundgesetzes, wonach niemand wegen seiner politischen Anschauungen „benachteiligt oder bevorzugt werden“ darf. Zu diesen politischen Anschauungen kann auch die offen bekennende

Ablehnung der faktischen Kapitulation vor der Islamisierung Frankfurts und Deutschlands gehören. Ob die saft- und kraftlose Frankfurter CDU auch die „bunte“ Verwaltung abnicken wird, ist noch offen, aber stark zu vermuten. Im Römer wird es aber sicher entschiedenen Widerstand von BFF und AfD geben.